

WAHLPRÜFSTEINE DES ARBEITSKREIS WOHNUNGSNOT ZUR ABGEORDNETENHAUSWAHL 2021

-Antworten der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus-

Berlin, den 18.05.2021

1. Wie positioniert sich Ihre Partei zum Ziel des Europaparlaments zur Beendigung der Obdachlosigkeit in der EU in bis 2030?

Unsere Fraktion im EU-Parlament war hauptsächlich verantwortlich für den zukunftsweisenden Entschließungsantrag zur Beendigung der Obdachlosigkeit bis 2030. Auf europäischer Ebene gehen wir zudem noch weiter und fordern als nächsten Schritt ein konkretes EU-Programm, um die Forderung wirklich in die Tat umsetzen zu können. Wir würden uns sehr freuen, wenn auch der AK Wohnungsnot die Petition dafür unterstützt: <https://act.greens-efa.eu/endhomelessness>

In Deutschland sind derzeit 700.000 Menschen wohnungslos, darunter auch mehr und mehr Familien. Um diesen Zustand zu beenden, wollen wir daher auch ein nationales Aktionsprogramm zur Vermeidung und Bewältigung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit auflegen.

2. Welche Schritte planen Sie zur Beendigung von Wohn- und Obdachlosigkeit in Berlin? Was wollen Sie konkret in den ersten 100 Tagen Ihrer Regierungszeit umsetzen?

In Berlin soll niemand mehr unfreiwillig obdachlos sein müssen. Dafür setzen wir uns ein! Die Pandemie hat uns die Probleme mit dem aktuellen System der Wohnungsnotfallhilfe klar vor Augen geführt. Massenunterkünfte und unzureichende Tagesangebote haben die Betroffenen und Mitarbeiter*innen in diesem Bereich in eine prekäre und gefährliche Situation gebracht. Bezüglich der Pandemie brauchen wir daher eine schnelle Weiterentwicklung der Kältehilfe und der ASOG Unterbringungen. Dazu gehört neben den 24/7 Angeboten in der Kältehilfe auch die beschleunigte Umsetzung der Gesamtstädtischen Steuerung der Unterbringung. Künftig wollen wir, dass mindestens

600 Plätze ganzjährig zur Verfügung stehen. In der kalten Jahreszeit sollen im Rahmen der Kältehilfe deutlich über 1.000 Plätze vorgehalten werden. Alle Plätze sollen stets mit Beratungsangeboten verbunden sein: Jede Übernachtung in einer Notunterkunft soll eine Chance auf einen Weg aus der Obdachlosigkeit bieten und neue Möglichkeiten aufzeigen.

Mit einem Landesamt für Unterbringung wollen wir den Menschen ein Dach über dem Kopf und eine Perspektive auf ein eigenständiges Leben geben – unabhängig davon, ob diese Menschen geflüchtet sind, seit Langem auf der Straße leben oder gerade die Wohnung verloren haben. Bisher sind die Bezirke für die Unterbringung von obdachlosen Menschen zuständig, das Land Berlin für die Unterbringung von Geflüchteten – konkret das Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF), das hier große Expertise aufgebaut hat. Diese Kompetenzen wollen wir für alle Menschen in Berlin nutzen. Darum werden wir das LAF zu einem neuen „Landesamt für Unterbringung“ weiterentwickeln.

3. Wie positioniert sich Ihre Partei zum möglichen Masterplan zur Beendigung der Wohnungsnot in Berlin?

Die Berliner Maßnahmen zur Beendigung der Wohnungsnot laufen derzeit unter dem Begriff Masterplan. Dieser „Masterplan“ soll eingebettet sein in eine übergreifende bundesweite Struktur. Haupt-, Dreh- und Angelpunkt muss das Angebot an leistbarem Wohnraum sein. Derzeit befinden wir uns in einer absoluten Mangelwirtschaft. Wir wollen daher die Bemühungen, den Wohnungsmarkt zu regulieren und Wohnraum zu schaffen, weiter verstärken. Wohnen ist für uns keine Ware, darum kämpfen wir für einen Wohnungsmarkt, auf dem in 30 Jahren 50 Prozent des Wohnraums gemeinwohlorientiert sind. Wir glauben daran, den aktuell ca. 50.000 Menschen in Wohnheimen in Berlin ein wirkliches Zuhause bieten zu können. Der Masterplanprozess sollte so partizipativ wie möglich gestaltet werden und vor allem die Betroffenen einbeziehen.

Die neuen Leitlinien der Wohnungslosenhilfe bieten viele gute und ausbaufähige Ansatzpunkte. Nun gilt es diese in den Masterplan einzubinden und auch wirklich in die Realität umzusetzen.

4. Was plant Ihre Partei (auch in Anbetracht des gekippten Mietendeckels) an Maßnahmen, um den Wohnungsmarkt in Berlin langfristig zu stabilisieren und für alle Menschen möglichst gerecht zugänglich zu machen?

Als Bündnisgrüne haben wir uns sehr für den Mietendeckel eingesetzt und werden das Thema im Sinne des Urteils des Bundesverfassungsgerichts auf der Bundesebene voranbringen. Wir brauchen eine nationale Strategie und dafür kämpfen wir. Wir müssen die Spekulation mit Wohnraum endlich beenden und Wohnen als Grundrecht auch im

Grundgesetz anerkennen. Der Bestand an Sozialwohnungen darf nicht weiter sinken, er muss schnellstmöglich steigen. Unser Kernanliegen ist daher der soziale Wohnungsbau mit bezahlbaren Mieten. Dafür wollen wir den Milieuschutz weiter ausweiten und damit Luxusmodernisierungen eindämmen. Gleichzeitig wollen wir Wege finden, energetische Sanierungen sozialverträglich zu gestalten. Ein Schritt dafür ist die Abschaffung der derzeitigen Modernisierungumlage. Den größten Hebel sehen wir aber in der Einführung der "Neuen Wohngemeinnützigkeit". Sie soll den Weg ebnen in eine gemeinwohlorientierte Wohnwirtschaft.

Gleichzeitig unterstützen wir den Kampf gegen die Diskriminierung bei der Wohnungssuche! Für uns darf weder der kulturelle noch der finanzielle Hintergrund ein Ausschluss zur Anmietung einer Wohnung sein.

In den letzten Jahren haben wir die Ausführungsvorschriften zur Übernahme von Kosten der Unterkunft so verändert, dass Menschen ihre Wohnung nicht mehr verlieren, weil sie über den Sätzen liegen. Wir wollen die AV Wohnen auch in Zukunft so gestalten, dass sie Menschen vor Wohnungslosigkeit schützt.

5. Welche weiteren Maßnahmen zur Verbesserung der Situation von wohnungslosen Menschen plant Ihre Partei für Berlin?

Das Konzept „Housing First“ sollte als Modellprojekt eine Alternative zum bisherigen Stufenmodell der Hilfevermittlung aufzeigen. Die Betroffenen sollten vom ersten Tag an die nötige Ruhe haben ihr Bündel an Problemen aufzuschnüren und zu lösen. Die bisherige Evaluation des Projektes zeigt den großen Erfolg. Die Nutzer*innen und Mitarbeiter*innen sind sehr zufrieden mit den Rahmenbedingungen des Angebots. Wir wollen das „Housing First“-Konzept daher weiter ausbauen und fest in der Berliner Helfelandschaft verankern. Gleichzeitig wollen wir mit den bisherigen Erfahrungen des Housing First evaluieren, wie wir auch die klassischen Hilfen nach §67 ff SGB XII weiterentwickeln können. Mit diesem Angebot werden Jahr für Jahr tausende Menschen wieder in eine eigene Wohnung vermittelt oder der Wohnungsverlust verhindert.

Die eigene Wohnung steht für uns im Mittelpunkt aller Bemühungen. Wir wollen daher allen Projekten bei der Versorgung mit Wohnraum stärker unter die Arme greifen. Sozialen Trägern und kleinen gemeinwohlorientierten Projekten, die für die spezifischen Gruppen selbst bauen wollen, soll es möglich sein, Bürgschaften auch über die Stadt zu erhalten.

Besonders kompliziert ist derzeit die Unterstützung von EU-Bürger*innen, wenn sie keine Ansprüche auf Sozialleistungen haben. Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, Leistungsausschlüsse abzuschaffen. In Berlin wollen wir eine Clearing-Stelle einrichten, die zentral die Möglichkeiten prüft und, wenn nötig, Menschen auf Basis des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes unterbringt und sie darüber mit Beratung versorgt.